D-
Postfach

D- **Postfach**

Direktor(in) RITA O , Jg. 1959
stellv. Direktor RALF T , Jg. 1960
Amtsgericht

- Direktorat (Geschäftsführung)/Aufsichtsführende(r) „Richter“ –

Verteiler: An alle Mitarbeiter des gem. § 16 GVG, Art. 101 S. 1 u. 2 GG unzulässigen Ausnahmegerichtes (sog. „Amtsgericht“) unter Hinweis auf folgende in den Akten befindliche Schreiben:
,DID: 28-07-2017_\$_SEK_EVAbm1_1` und ff.

D-

Zeichen

Nachricht vom
15.11.2017

Mein Zeichen

DID: 20-11-2017_\$_SEK_EVAbm1_1

Datum

20.11.2017

Zurückweisung (kein Widerspruch, keine Erinnerung!)

Guten Tag, Herr/Frau RITA O , Jg. 1959 und Herr/Frau RALF T , Jg. 1960,
vorab sei darauf hingewiesen, daß die **korrekte Anschrift** des Unterzeichners wie folgt lautet:

D-
Postfach

... Sie und/oder Ihre Mitarbeiter Ihre/ihre ungültigen/nichtigen und vor allem unzulässigen Akte also, wenn überhaupt, dorthin praktizieren wollen.

Offenkundig wollen Sie und/oder Ihre Mitarbeiter seit vielen Jahren noch immer nicht wenigstens die rudimentären Konventionen des rechtsgültigen Rechtsverkehrs einhalten, die zumindest theoretisch und ansatzweise zu einer Rechtsgültigkeit Ihrer/derer Akte führen könnten (leider leidet auch das RPfIG an einem unheilbaren Verstoß gegen das Zitiergebot).

Entgegen des in ihren Kreisen immer wieder dreist gebräuchlichen Spruches „maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig“ (ursprünglich nur für den Gebrauch im elektronischen [Serienbrief-]Rechtsverkehr gedacht und das wiederum nur in Verbindung mit einer vom Empfänger verifizierbaren elektronischen Signatur!) sowie einer ungültigen/nichtigen, weil ebenfalls nicht unterschriebenen „Beglaubigung“ (in diesem besonders „kreativen“ Fall eine „Beglaubigung durch maschinelle Bearbeitung“,

Beweis s. dazu Anlage A3) – ist der in Ihrem Hause von Ihren Mitarbeitern unter dem Zeichen [REDACTED] betriebene Akt auch von daher **vollumfänglich ungültig/nichtig und deshalb hiermit zurückgewiesen.**

Darüber hinaus ist es sicher Ihrer deshalb um so mehr geschätzten Aufmerksamkeit entgangen, daß Sie sich durch Ihr konkludentes Verhalten (Beweis s. dazu Schreiben des Unterzeichners DID: 28-07-2017_§SEK_EVAbm1_1) der Zugehörigkeit und somit als unzulässige Ausnahmegerichtsbarkeit operierend bekannt haben, was Ihnen seitens des Unterzeichners auch entsprechend bestätigt wurde (Beweis s. dazu DID: 05-08-2017_§SEK_EVAbm1_1 bzw. Anlage A1) und wiederum dies Ihrerseits unwidersprochen blieb (Beweis s. dazu Anlage A2 – denn, danach kam in dieser Angelegenheit von Ihnen veranlaßt nichts mehr) – zudem § 138 (3) der in Ihren Kreisen heiß geliebten, aber u.a. wegen Verstoßes gegen das Zitiergebot (Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG) ungültigen/nichtigen ZPO eine sehr klare und dezidierte Botschaft an Sie richtet; § 291 ZPO dito.

Auch der privatwirtschaftlich und somit mehr oder minder mindestens im rechtlichen Grauzonenbereich agierende Herr V [REDACTED], Ihr Mann für's Grobe, wurde über die nun offenkundige rechtliche Stellung Ihres Etablissements in Kenntnis gesetzt – ganz so in dem Sinne, daß auch er nachher nicht behaupten kann, von nichts gewußt und nur seine Arbeit getan zu haben.

Insofern wirft Ihr, bzw. das ignorante Verhalten Ihrer Mitarbeiter die Frage auf, ob es sich bei Ihnen und Ihren Mitarbeitern wegen der frappierend fortgesetzten Ähnlichkeit hinsichtlich Ihres Gebarens möglicherweise um sogenannte „Reichsbürger“ bzw. eine Bande „Reichsbürger“ oder Derivate davon handelt (es wäre ja nicht das erste Mal, wie in den Medien immer wieder mal kommuniziert wird, daß sich sog. „Reichsbürger“ in Strukturen, wo sie nicht hingehören, eingeschlichen haben und aus denen sie nach mühsamer Enttarnung dann wieder entfernt werden müssen), denn die sog. „Reichsbürger“ sind es doch wohl, die das GrundGesetz für die BRD und so auch die BRD an sich aus diversen Gründen permanent leugnen und beharrlich ignorant die Einhaltung anderer Normen fordern und es dabei im Extremfall sogar auf eine Schießerei ankommen lassen – der Unterzeichner hingegen lediglich das GrundGesetz für die BRD achtet, darauf basierend operiert und dies logischerweise auch von Ihnen und Ihren Mitarbeitern erwarten darf (Beweis s. dazu § 38 (1) DRiG).

Der Unterzeichner hat daher Sie und Ihre Mitarbeiter hiermit aufzufordern, den Unterzeichner mit sofortiger Wirkung nicht mehr mit unzulässigen Aktionen zu belästigen und/oder ihn gar weiterhin zu schädigen.

[REDACTED]
Grundrechtsträger(in)

Anlage(n): A1 - DID: 05-08-2017_§SEK_EVAbm1_1, eine Seite

A2 - Antwort vom gem. § 16 GVG, Art. 101 S. 1 u. 2 GG unzulässigen Ausnahmegericht [REDACTED] (sog. „Amtsgericht [REDACTED]“), eine Seite

A3 - ungültige/nichtige „Beglaubigung durch maschinelle Bearbeitung“, eine Seite

DID: 20-11-2017_§SEK_EVAbm1_1

Anlage A1, 1 Seite

D-
Postfach

D- Postfach

Direktor(in) RITA O , Jg. 1959
stellv. Direktor RALF I , Jg. 1960
Amtsgericht

- Direktorat (Geschäftsführung)/Aufsichtsführende(r) „Richter“ –

D-

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

Datum

02.08.2017

DID: 05-08-2017_ \$SEK_EVAbm1_1

05.08.2017

Kenntnisnahme Ihres Empfangsbekennnisses

Guten Tag, ~~Herr~~/Frau RITA O , Jg. 1959 und ~~Herr~~/Frau RALF T , Jg. 1960,

Ihr Empfangsbekentnis mit Schreiben vom 02.08.2017, eingegangen am 04.08.2017, bezgl. des Schreibens des Unterzeichners mit dem Zeichen:

DID: 28-07-2017_ \$SEK_EVAbm1_1

... wird zur Kenntnis genommen.

Aus Ihrem eindeutigen Gebaren resultiert eine Selbstverständlichkeit, bzw. eine juristische sog. Offenkundigkeit (s. dazu das Schreiben mit dem Zeichen DID: 28-07-2017_ \$SEK_EVAbm1_1 vom 28.07.2017, Seite 2 > Rechtsfolgen), ~~Herr~~/Frau RITA O – und zwar, daß es sich bei dem sog. „Amtsgericht“ entgegen Artikel 101 (1) GG und § 16 GVG bezgl. § 15 GVG in Relation zu § 15 GVG a.F. um eine unzulässige Ausnahmegerichtsbarkeit handelt und so dort alles (bspw. auch die Genese der Geschäftsverteilungspläne der sogenannten „Richter“, „Rechtspfleger“ u. „Gerichtsvollzieher“) und jeder dem gesetzlichen Richter entzogen war/ist.

Grundrechtsträger(in)

Die Direktorin des Amtsgerichts

Die Direktorin des Amtsgerichts, Postfach [redacted]

Sachbearbeiter [redacted]

Herrn [redacted]

Telefon [redacted]

Postfach [redacted]

Telefax [redacted]

E-Mail [redacted]

E-Mail-Adressen eröffnen keinen Zugang für Erklärungen in Rechtssachen

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben
Unser Zeichen

DID: 28-07-2017_ \$SEK_
EVAbm1_1

2. August 2017

**Aufforderung zur Versicherung an Eides Statt sowie
Aufforderung zur Zusendung des aktuellen richterlichen Geschäftsver-
teilungsplanes mit einer Kopie des Präsidialbeschlusses zum sog.
Richterlichen GVP incl. der Unterschriften**

Sehr geehrter Herr [redacted]

auf Ihr Schreiben vom 28.07.2017 wird mitgeteilt, dass die richterliche
Geschäftsverteilung des Amtsgerichts [redacted] auf der Geschäftsstelle der
Verwaltung (Zi. [redacted]) eingesehen werden kann, eine Übersendung erfolgt nicht.

Mit freundlichen Grüßen

Beglaubigt: [redacted]

In Vertretung

T [redacted] RIAG
ständiger Vertreter der Direktorin

[redacted] waltungsamtmann

Hausanschrift [redacted]

Geschäftszeiten

Die Mitarbeiter erreichen Sie zu
folgenden Sprechzeiten:
Mo - Fr 08.00 - 12.00 Uhr und
Mi 13.00 - 15.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

Telefon und Telefax [redacted]

Öffentliche Verkehrsmittel [redacted]

Internet und E-Mail [redacted]

E-Mail-Adressen eröffnen keinen Zugang für Erklärungen in Rechtssachen

Anlage A3, eine Seite (Seite 3 v. incl. Anschreiben insgesamt 3 gelieferten Seiten)

spruch zumindest teilweise Erfolg haben könnte.

Diese Aussicht auf Erfolg darf nicht dadurch zunichte gemacht werden, dass vor Abschluss des Verfahrens die Eintragung im zentralen Schuldnerverzeichnis erfolgt, die den Schuldner ggf. unberechtigt schädigt.

Die einstweilige Anordnung war daher zu erlassen, um die Interessen der Beteiligten in angemessener Weise berücksichtigen zu können.

gez.

Rechtspflegerin

Für die Richtigkeit der Abschrift

16.11.2017

JVI in

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Durch maschinelle Bearbeitung beglaubigt
- ohne Unterschrift gültig